

Margareten unterstützt die Forderung nach Erhöhung des Arbeitslosengeldes

Die unterzeichnenden Bezirksrätinnen und Bezirksräte der SPÖ stellen zur Bezirksvertretungssitzung am 18.06.2020 gemäß § 24 der Geschäftsordnung der Bezirksvertretungen folgenden

Resolutionsantrag

Die Bezirksvertretung Margareten verständigt sich darauf, dass Margareten die Forderung nach einer Erhöhung des Arbeitslosengeldes auf 70 Prozent des letzten Nettoeinkommens proaktiv unterstützt und nach außen kommuniziert.

Begründung

Die Corona-Krise hat alle ArbeitnehmerInnen fest im Griff. Um ztausende Menschen vor Arbeitslosigkeit zu schützen hat die Sozialpartnerschaft in Rekordzeit die Corona-Kurzarbeit erarbeitet und mittlerweile fast eine Million Menschen davor bewahrt, ihren Job dauerhaft zu verlieren.

Nicht alle konnten mit der Corona-Kurzarbeit geschützt werden, viele Firmen haben leider voreilig ihre MitarbeiterInnen beim AMS gemeldet. Besonders dramatisch hat es unsere ArbeitnehmerInnen in Margareten erwischt. Im Vergleichsmonat April 2019 zu 2020 ist es zu einem Anstieg der Beschäftigungslosenquote von fast 65% gekommen. Nur der 7. Wiener Gemeindebezirk (72%) und der 9. Wiener Gemeindebezirk (69%) weisen höhere prozentuelle Zuwächse auf. Margareten weiß derzeit um 1.000 mehr beschäftigungslose MitbürgerInnen als im Vergleichsmonat April des letzten Jahres auf.

Die Zahlen im Mai und vor allem die Prognosen für den Juni sehen leider keine Trendumkehr. Die ExpertInnen der Wirtschaftskammer (WKO), der Arbeiterkammer (AK) und des Österreichischen Gewerkschaftsbundes (ÖGB) gehen eher von einer weiteren Verschlechterung des Arbeitsmarktes aus.

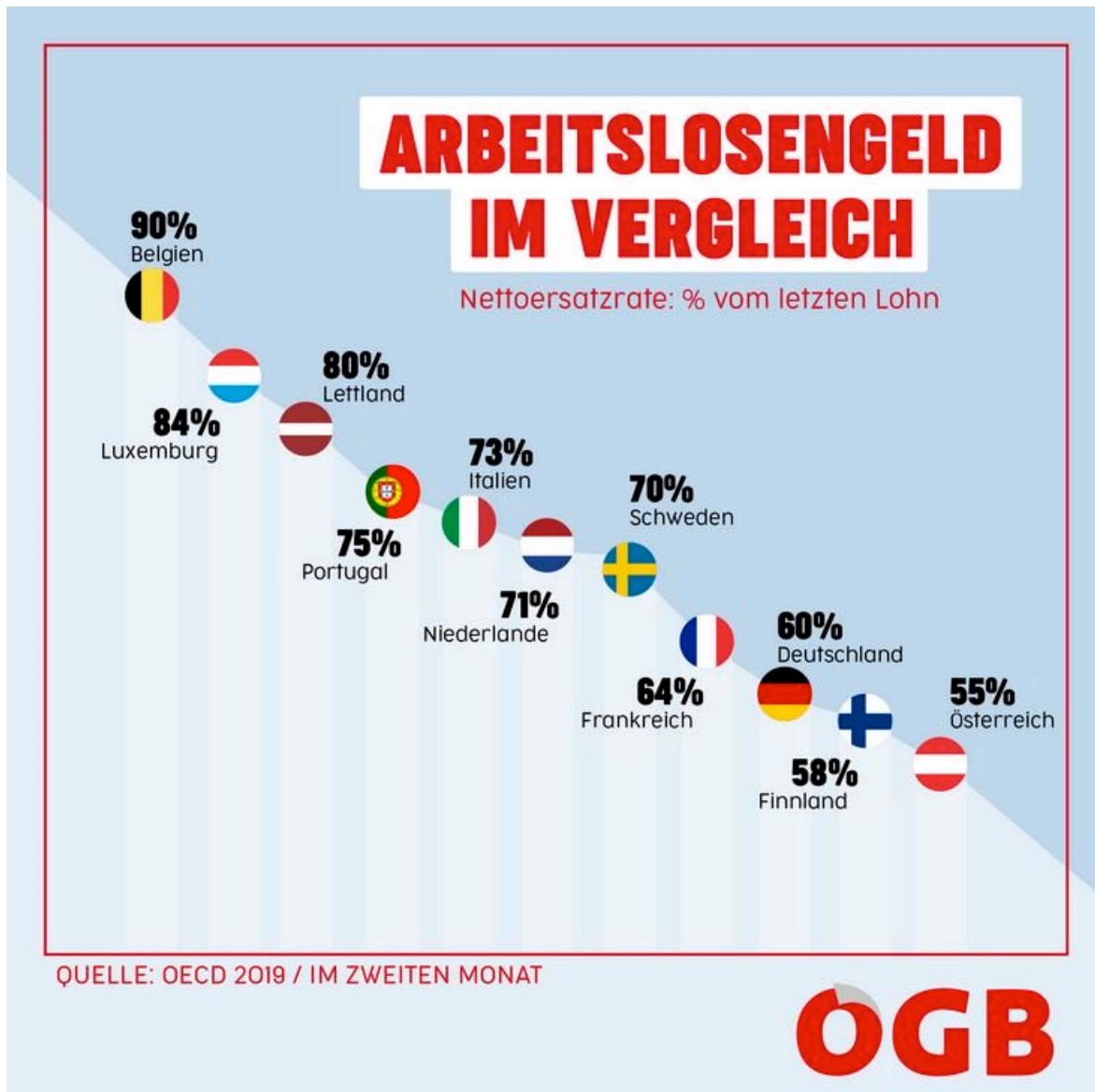
Folgende Bevölkerungsgruppen sind in Margareten von der derzeitigen Arbeitsmarktkrise besonders hart getroffen worden:

- Frauen
- Jugendliche ArbeitnehmerInnen
- MaturantInnen und AkademikerInnen

Die Arbeiterkammer und der ÖGB warnen schon lange davor, dass 55 Prozent Nettoersatzrate beim Arbeitslosengeld nicht nur zu wenig und armutsfördernd sind, sondern im internationalen Vergleich mit anderen EU Staaten Österreich sich im hintersten Drittel befindet. (siehe beigelegte Grafik)

In dieser Ausnahmesituation braucht es auch jetzt eine Anhebung des Arbeitslosengeldes auf

70 Prozent des letzten Nettoeinkommens. Dieses Geld fließt zum größten Teil über den Konsum in den Margaretner Wirtschaftskreislauf und wäre damit auch jetzt wichtig, um unsere Wirtschaft in Margareten wieder anzukurbeln.



BR Ing. Walter Fandl
Klubvorsitzender

BR Mag. (FH) Christoph Lipinski, MA